

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Zeile 20 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Zeile 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

für Platzvorschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Bezugsstellen
für beide Teile ist Calw

Calwer Tagblatt

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Bezugspreis:
In der Stadt 35 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 35 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

Schluß der Anzeigen-
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Fernsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei

Nr. 169

Freitag, den 22. Juli 1932

Jahrgang 105

Ministerpräsidentenkonferenz in Stuttgart

Der Reichskanzler will die Meinungsverschiedenheiten zwischen Reich und Ländern klären

Stuttgart, 22. Juli. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt Reichskanzler von Papen hat die Ministerpräsidenten der deutschen Länder auf Samstag, den 23. Juli, zu einer Besprechung in das württembergische Staatsministerium nach Stuttgart eingeladen.

Wie die „Vossische Zeitung“ erfährt, werden sich Reichsinnenminister von Gayl und Reichsarbeitsminister Schäffer zusammen mit dem Reichskanzler zur Teilnahme an der Ministerkonferenz der Länder nach Stuttgart begeben.

Stellungnahme Württembergs zu den Vorgängen in Preußen.

Die württembergische Regierung hat zu der Frage der Einsetzung eines Staatskommissars für Preußen an den Herrn Reichspräsidenten und an den Herrn Reichskanzler ein Schreiben gerichtet. Der Wortlaut wird der Öffentlichkeit übergeben werden, sobald die Empfänger im Besitz des Schreibens sein werden. — Der württembergische Staatspräsident Dr. Volz äußerte gestern in einer Wahlversammlung in Göttingen über die Vorgänge in Berlin: Was sich in Berlin ereignet habe, hätten die Nationalsozialisten seit langem in ihrer Presse täglich gefordert. Die Reichsregierung war lange in Geburtswehen mit der Notverordnung, aber sie gehöre offenbar zu den stillen Abmachungen mit Hitler. Die rechtlichen Gründe der Abfegung der preussischen Regierung seien gesucht, um dem Volke klar zu machen, daß um des Friedens willen eine ganze Regierung abgesetzt werden müsse. Formell stütze man sich auf die Verfassung.

Ein Appell des Reichskanzlers.

Reichskanzler von Papen weist in einer besonderen Verlautbarung nochmals darauf hin, daß die in Preußen ergriffenen Maßnahmen im Interesse der Ruhe und Ordnung, die in Preußen gefährdet waren, notwendig gewesen seien. Der Reichskanzler wendet sich in einem Appell an die preussische Bevölkerung, in dem er um die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung bittet.

Die Preußenklage morgen vor dem Staatsgerichtshof

Vom Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich ist Verhandlungstermin über den Antrag des bisherigen preussischen Staatsministeriums auf Erlass einer einstweiligen Verfügung auf Samstag vormittag 10 Uhr anberaumt worden. Den Vorsitz wird Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke führen. Der vom bisherigen preussischen Staatsministerium unter Bezugnahme auf die gleichzeitig damit beim Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich eingereichte Klage gestellte Antrag

lautet dahin: „im Wege der einstweiligen Verfügung anzuordnen, daß sich der durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli für das Land Preußen eingesetzte Reichskommissar einstweilen jeder Dienstausübung zu enthalten hat“.

Die abgesetzten preussischen Minister haben an den Reichspräsidenten folgendes Telegramm gerichtet: „Nachdem wir die Entscheidung des Staatsgerichtshofes anrufen haben, bitten wir ergebenst, mindestens die Vollziehung der Anordnungen abzuhalten bis zur Entscheidung des Staatsgerichtshofes einzuschränken und namentlich insoweit aufzugeben, als es sich um Eingriffe in unsere verfassungsrechtliche Stellung als Staatsminister handelt“.

Baden klagt gegen die Reichsregierung

Das badische Staatsministerium hat an den Präsidenten des Staatsgerichtshofes in Leipzig ein Telegramm gerichtet, in dem es heißt: „Das Land Baden, vertreten durch das badische Staatsministerium, erhebt gemäß Art. 19 der Reichsverfassung Klage gegen die Reichsregierung mit dem Antrage festzustellen, daß die Reichsregierung unbeschadet ihres grundsätzlichen Rechts zur Einsetzung eines Reichskommissars in den Ländern auf Grund des Art. 48 der Reichsverfassung nicht befugt ist: 1. Landesminister ihrer Minister-eigenschaft endgültig zu entkleiden, und zwar weder dauernd noch vorübergehend; 2. Landesminister zu ernennen; 3. Einen Reichskommissar zum Mitglied der Landesregierung zu ernennen; 4. Das Recht zur Instruktion der Reichsratsbevollmächtigten nach Art. 63 der Reichsverfassung dem Reichskommissar zu übertragen, oder sogar den Reichskommissar selbst zum Reichsratsbevollmächtigten zu ernennen oder ihm die Ernennung von Reichsratsbevollmächtigten zu übertragen oder aber den Länderregierungen das Recht zur Instruktion der Reichsratsbevollmächtigten zu entziehen; 5. Landesbeamte mit finanzieller Wirkung für das Land zu ernennen.“

Bayern will Preußen nicht sekundieren.

Zu dem Schritt Bayerns beim Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich stellt die „Bayrische Staatszeitung“ fest, daß dieser Schritt nicht als Sekundantenstellung für Preußen gewertet werden dürfe. Er sei nichts anderes als ein Schritt zur prinzipiellen Klärung der Frage, ob die Einsetzung eines Reichskommissars an Stelle von Landesregierungen und die Enthebung von Landesministern mit der Reichsverfassung vereinbar sei.

Berschräfter Waffengebrauch der Polizei

Sicherheitserlasse des Berliner Militärbefehlshabers
Generalstreik ist Zuwiderhandlung gegen die Ausnahmeverordnung

Berlin, 22. Juli. Der Militärbefehlshaber für Groß-Berlin und die Provinz Brandenburg, Generalleutnant von Runderstedt, hat an den Polizeipräsidenten in Berlin, das Kommando der Berliner Schutzpolizei und an den Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg und von Berlin folgenden Erlass gerichtet:

„Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Groß-Berlin und Brandenburg bestimme ich: Die Polizei hat, soweit Waffengebrauch erforderlich ist, im Rahmen der geltenden gesetzlichen Bestimmungen energisch und schnellstens von der durch die Lage gebotenen Art der Waffengebrauch zu machen, um den erforderlichen Zweck zu erreichen. Nur dadurch wird die Wahrung der Staatsautorität sichergestellt und eine nicht zu verantwortende Gefährdung für Beamte und Unbeteiligte vermieden. Niemand kann eine Beamter eine Entschuldigung für die Nichterfüllung seiner Pflicht oder die Nichtdurchführung eines Auftrages zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung finden, wenn er den zur Erreichung eines bestimmten Zweckes gesetzlich bestimmten Gebrauch von seinen Waffen nicht rechtzeitig und nicht vollständig gemacht hat.“

Zusatz für den Oberpräsidenten von Brandenburg: Die vorstehende Anordnung gilt auch für die Beamten der Landjägerei und der kommunalen Polizei.“

In einem Schreiben an den Polizeipräsidenten in Berlin und den Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg hat der militärische Oberbefehlshaber über das weitere Verfahren gegen Verteiler von Flugblättern, die zum Generalstreik auffordern, folgendes ausgeführt:

Der Generalstreik als politisches Kampfmittel gegen die Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli 1932 bedeutet eine wesentliche Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Ordnung. Die Aufforderung zu einem dertartigen General-

streik durch Wort oder Schrift (Zeitungen, Flugblätter) bedeutet daher eine Zuwiderhandlung gegen den § 5 der Verordnung des Reichspräsidenten. Gegen Redner, Verfasser und Verteiler von Flugblättern, die zum Generalstreik auffordern, ist daher gemäß § 9 der Verordnung des Reichspräsidenten vorzugehen.

Kommunistische Betriebsräteversammlung verboten.

Der Militärbefehlshaber für Berlin und Brandenburg hat eine von der kommunistischen Partei nach der Hasenheide einberufene Versammlung der „Betriebsräte ohne Unterschied der Organisation“ verboten. Von der Polizei wurden in Berlin etwa 150 Personen verhaftet, die kommunistische Flugblätter mit der Aufforderung zum Massenstreik verteilten.

Strafantrag gegen Grzesinski, Weiß und Heymannsberg

Gegen Grzesinski, Weiß und Heymannsberg ist auf Grund des § 3 der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli über den militärischen Ausnahmezustand in Berlin und Brandenburg von den zuständigen Stellen Strafantrag gestellt worden. Der Paragraph 3 sieht für Zuwiderhandlung gegen Anordnungen des Militärbefehlshabers Gefängnis oder Geldstrafe bis zu 15 000 RM. vor.

Großes Aufräumen in Preußen.

Der Reichskommissar hat unter Gewährung des gesetzlichen Wartegeldes sofort einstweilen in den Ruhestand versetzt:

Die Staatssekretäre: Der Staatssekretär im Ministerium des Innern, Dr. Abegg, der Ministerialdirektor im Ministerium des Innern, Dr. Badt, der Staatssekretär im Ministerium für Handel und Gewerbe, Dr. Staudinger, der Staatssekretär im Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, Krüger.

Die Oberpräsidenten: Der Provinz Niederschlesien, Staatsminister a. D. Lüdemann, der Provinz Sachsen,

Tages-Spiegel

Der Reichskanzler hat die Ministerpräsidenten der Länder zu einer Besprechung auf den morgigen Samstag nach Stuttgart eingeladen.

Der Militärbefehlshaber für Berlin hat scharfe Erlasse über Waffengebrauch der Polizei und gegen Streikprovokateure verfügt.

In Preußen sind 24 höhere Beamte, Staatssekretäre, Ober- und Regierungs- und Polizeipräsidenten in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden.

Der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich wird sich morgen mit der Staatsrechtsklage der früheren preussischen Regierung gegen die Reichsregierung befassen.

In der ersten Hälfte des Juli trat, wie in den Vorjahren, eine Steigerung in der Entlastung des deutschen Arbeitsmarktes ein. Am 15. d. M. waren bei den Arbeitsämtern 5 492 000 Arbeitslose gemeldet, d. h. um 16 000 mehr als Ende Juni.

Dr. Falck, der Provinz Schleswig-Holstein, Kurbis, der Provinz Hessen-Nassau, Haas.

Die Regierungspräsidenten: Dr. Fißner in Frankfurt a. D., Simons in Liegnitz, Weber in Magdeburg, von Harnack in Merseburg, Dr. Herbst in Lüneburg, Dr. Amelungen in Münster in Westfalen.

Die Polizeipräsidenten: Lige in Königsberg i. Pr., Dietrich in Kiel, Baufnecht in Köln, Fränkel in Elbing, Schöbel in Hagen in Westfalen, Hohenstein in Kassel, Ossowski in Döbeln, Eggerstedt in Altona. Die Polizeidirektoren: Polizeipräsident Mai in Wilhelmshaven, Dr. Thiemann in Schneidemühl. — Die genannten 24 Beamten gehören sämtlich der SPD. an.

Der „Völkische Beobachter“ zu den Vorgängen in Berlin

Zu der Abfegung der Preußenregierung schreibt der „Völkische Beobachter“ in einem Leitartikel am Donnerstag u. a., damit habe der Kriegszug der vereinigten marxistischen Terroristen gegen das nationalsozialistische Deutschland einen Erfolg gezeitigt, den die Genossen bestimmt nicht erwartet hätten. Der Plan der schwarzroten Systemverteidiger, durch die fortgesetzten Ueberfälle und Morde die Reichsregierung zur Wiedereinführung des Uniformverbotes zu zwingen, sei vorbeigelungen. Es sei notwendig, auszusprechen, daß die Einsetzung eines Reichskommissars für Preußen und die Abfegung der roten Minister nur den einen Sinn haben könne, damit den Anfang zu machen für die notwendig gewordene allgemeine Säuberungsaktion und weiter die Voraussetzungen zu schaffen für die notwendige Bewegungsfreiheit der nationalsozialistischen Partei. Die Nationalsozialisten erwarten jetzt die Säuberung aller preussischen Ämterstellen von den Nutznießern der Novemberparteien und die beschleunigte Wiederherstellung der Demonstrationsfreiheit der NSDAP.

SPD. und Zentrum protestieren

Der Parteivorstand und Parteiausschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands haben einstimmig einen Beschluß zu den Vorgängen in Preußen gefaßt, in dem es heißt: „Der Parteiausschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands brandmarkt vor dem ganzen deutschen Volke und der ganzen Welt das gewaltsame und verfassungswidrige Vorgehen der Reichsregierung gegen die preussische Staatsregierung. Der gewaltsame Eingriff, der von den Nationalsozialisten gefordert und von der Reichsregierung vollzogen wurde, hat die verantwortungsfreudige Aufbauarbeit der Sozialdemokratischen Partei im preussischen Freistaat vorläufig unterbrochen. Wie im Reiche ist jetzt auch in Preußen die Alleinherrschaft einer dichten Oberschicht ausgerichtet und jeder Einfluß der breiten werktätigen Massen vorläufig ausgeschaltet worden. Es liegt jedoch in der Hand des Volkes, durch die Wahl von Sozialdemokraten am 31. Juli die gestörte Rechtsordnung der Republik wieder herzustellen.“

Der geschäftsführende Vorsitzende der Deutschen Zentrumsparterie, der Reichstagsabgeordnete Foss, erläßt eine Erklärung, in der es heißt: Die unerhörten Vorgänge in Preußen haben in der gesamten deutschen Zentrumsparterie stärkstes Befremden und tiefen Unwillen hervorgerufen. Anhänger und Freunde der Partei wissen sich eins in der schärfsten Ablehnung von Maßnahmen der Reichsregierung, die nach unserer Ueberzeugung mit der Verfassung nicht zu vereinbaren sind. Ihrem Wesen als Verfassungspartei treu, legt die Deutsche Zentrumsparterie feierlichst Verwahrung dagegen ein, daß der Art. 48 der deutschen Reichsverfassung nicht zur Rettung des Volkes aus äußerster Not sondern zur Durchsetzung einseitiger Parteiwünsche benutzt wird.

auf
Preisen
Calw
idung
mma
stag
24. Juli
t
Bäfte
ein
Frau
trag.
Nürnberg
Obersten
läßt, spricht
nds 8 Uhr,
ie Frage:
fanne
ung oder
g des
Kupfand?
entionskrieg?
verbslose: frei-
unde. B.
gskörper
ochapparate
r
che
CALW
eher 211

v. Papen begründet die Preußenaktion

Reichskanzler von Papen hielt zur Begründung des Eingreifens des Reiches in Preußen auf allen deutschen Sendern eine Rundfunkrede, in der er ausführte: Durch den Herrn Reichspräsidenten bin ich zum Reichskommissar für Preußen bestellt worden. In dieser Eigenschaft habe ich auf Grund der mir erteilten Vollmacht den bisherigen preussischen Ministerpräsidenten Braun und den preussischen Minister des Innern Severing ihrer Ämter enthoben. Die Reichsregierung hat sich nach sorgfältigster Prüfung der Lage entschlossen, diesen Schritt dem Herrn Reichspräsidenten vorzuschlagen. Sie beschränkt sich dabei auf die notwendigsten Maßnahmen, die zur Wiederherstellung geordneter Rechtszustände im preussischen Staatsgebiet erforderlich sind. Lassen Sie mich zum Verständnis der Lage kurz die politische Situation in Preußen, die Gründe für die getroffenen Maßnahmen, schildern.

Die preussische Staatsregierung ist bereits am 19. Mai freiwillig zurückgetreten und führte seitdem nur die laufenden Geschäfte gemäß Artikel 59 der preussischen Verfassung. Der neue Landtag war auf Grund der vom alten Landtag, und zwar von den Parteien der Weimarer Koalition herbeigeführten Aenderung der Geschäftsordnung, nicht in der Lage, die Wahl eines Ministerpräsidenten vorzunehmen. Die auf diesem Vorgang beruhende parlamentarische Basis des geschäftsführenden Kabinetts ist entscheidend von der taktischen Haltung der kommunistischen Partei abhängig; denn nach den Wahlen zum Preussischen Landtag entfielen 47 v. H. der abgegebenen Stimmen auf die NSDAP. und die DNVP, 37 v. H. auf alle übrigen Parteien und der Rest von 16 v. H. auf die Kommunisten. Ich will hier nicht im Einzelnen zu der Frage Stellung nehmen, wie weit man noch von geordneten parlamentarischen Verhältnissen sprechen kann, wenn durch die Haltung der einzelnen Parteien der kommunistischen Partei eine Schlüsselstellung eingeräumt wird. Diese Vorgänge allein hätten die Regierung jedenfalls nicht veranlaßt, einen unmittelbaren Einfluß auf die Verhältnisse in Preußen zu nehmen. Ich möchte aber auf folgendes hinweisen:

Ich stehe nicht an, in aller Offenheit zu erklären, daß es die sittliche Pflicht jeder Regierung ist, einen klaren Trennungsstrich zwischen den Feinden des Staates, den Zerstörern unserer Kultur und den um das Gemeinwohl ringenden Kräften unseres Volkes zu ziehen. Weil man sich zu dieser dem einfachen und natürlichen Rechtsempfinden entsprechenden Folgerung nicht entschließen konnte, weil man die sittlichen Elemente der politischen Bewegungen außer acht ließ, hat sich von Monat zu Monat und von Tag zu Tag die Radikalisierung des politischen Kampfes gesteigert, weil man sich in maßgebenden politischen Kreisen nicht dazu entschließen kann, die politische und moralische Gleichsetzung von Kommunisten und Nationalsozialisten aufzugeben, ist jene unnatürliche Frontbildung entstanden, die die staatsfeindlichen Kräfte der Kommunisten in eine Einheitsfront gegen die Bewegung der NSDAP. einreißt. Die Reichsregierung ist frei von parteipolitischen Bindungen. Sie ist aber nicht befreit von der sittlichen Pflicht, offen die Feststellung zu treffen, daß durch eine solche gleichberechtigte Einschaltung staatsfeindlicher Elemente in den politischen Kampf die Grundlagen aus äußerster Gefahr werden.

Die Reichsregierung war aber von dem Augenblick an zu eigenem Handeln verpflichtet, von dem an die zuerst nur aus parteitaktischen Gründen erfolgte Einschaltung der Kommunisten in eine Einheitsfront auch auf Maßnahmen verantwortlicher Regierungsstellen Preußens übergreifen hat. Hier geht es um die Autorität des Staates. Hier durfte nicht gezögert werden, im Interesse des Staates sofort Klarheit zu schaffen. Diese zwingende Notwendigkeit eines Eingriffes hat sich gegenüber der preussischen Staatsregierung ergeben. Es ist kein Zufall, daß nur in Preußen die kommunistischen Kampforganisationen einen Umfang annehmen konnten, der eine ständige Bedrohung der öffentlichen Sicherheit darstellt. Es ist kein Zufall, daß nur in Preußen der Wahlkampf von einer erschreckenden Vermehrung blutiger Auseinandersetzungen begleitet worden ist. Die Feststellungen der letzten Zeit haben ergeben, daß die weitläufige überwiegende Zahl der schweren Unruhen nur auf Angriffe kommunistischer Terrorgruppen zurückzuführen ist. Alle einzelnen polizeilichen Maßnahmen, der hingebende Einsatz der örtlichen Polizeiorgane, haben eine dauernde und sichere Herstellung geordneter Verhältnisse nicht erzielen können. Diese Aufgabe kann nur durch planmäßige und zielbewußte Führung gegen die Urheber der Unruhen gelöst werden.

Die Reichsregierung hat die Feststellung machen müssen, daß die Entwicklung der politischen Verhältnisse in Preußen einer Reihe von maßgebenden Persönlichkeiten die innere Unabhängigkeit genommen hat, alle erforderlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der staatsfeindlichen Betätigung der KPD. zu treffen. Wenn beispielsweise hohe Funktionäre des preussischen Staates ihre Hand dazu bieten, Führern der kommunistischen Partei die Verschleierung illegaler Terrorabsichten zu ermöglichen, wenn offen ein preussischer Polizeipräsident seine Parteigenossen auffordert, man möge die Kreise der Kommunisten nicht stören — dann wird die Autorität des Staates von oben her in einer Weise untergraben, die für die Sicherheit des Reiches unerträglich ist.

Die Maßnahmen der Reichsregierung richten sich nicht gegen die Selbständigkeit des Landes Preußen, sie beschränken sich bewußt darauf, die Grundlagen für die Wiederherstellung eines ordnungsmäßigen Rechtszustandes zu schaffen. Diese Grundlage muß aber die Wiederherstellung einer Staatsautorität sein, die völlig frei von einer nur irgendwie gearteten Verbindung zur staatsfeindlichen kommunistischen Partei ist. Die Reichsregierung will durch ihre Maßnahmen eine geordnete Durchführung des Wahlkampfes sicherstellen. Sie wird die freie politische

Betätigung nur soweit einschränken, als es zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung unbedingt erforderlich ist. Sie geht dabei von der Auffassung aus, daß die Ruhestörer — gleichgültig von welcher Seite sie kommen — so scharf in ihre Schranken zurückgewiesen werden müssen, daß dem Volke der Austrag des Wahlkampfes ermöglicht wird.

Im Verlauf der von mir als Reichskommissar für Preußen angeordneten Maßnahmen hat sich herausgestellt, daß der bisherige preussische Innenminister der verfassungsmäßig zu Recht erfolgten Verfügung des Herrn Reichspräsidenten nicht folgen wollte. Er hat erklärt, nur der Gewalt weichen zu wollen. Nur aus diesem Grunde hat die Reichsregierung, einer Ermächtigung des Herrn Reichspräsidenten folgend, den militärischen Ausnahmezustand für Berlin und Brandenburg erklären müssen. Der militärische Ausnahmezustand wird selbstredend nur solange aufrechterhalten, als es die Herstellung gesicherter Verhältnisse verlangt.

Hirtsfelder entgegnet scharf

Durch das Büro des stellvertretenden preussischen Ministerpräsidenten, Minister Hirtsfelder, wird der Deutschnationale folgende Erklärung übermittelt: „Die Reichsregierung hat die in der Geschichte einzig dastehenden Maßnah-

Zu den Vorgängen in Preußen



Der bisherige preussische Ministerpräsident Brauns

Der bisherige preussische Innenminister Severing



Reichskanzler Papen



Oberbürgermeister Dr. Bracht der kommissarische preussische Innenminister



Der Inhaber der vollziehenden Gewalt für Groß-Berlin und Brandenburg, der Wehrkreiscommandeur Generalleutnant von Rundstedt.

Eine Erklärung der Christlichen Gewerkschaften

Der Ausschuß der Christlichen Gewerkschaften für Westdeutschland in Köln veröffentlicht zur politischen

men gegen Preußen in der Rundfunkrede des Reichskanzlers mit der Behauptung begründet, daß die Entwicklung der politischen Verhältnisse einer Reihe von maßgebenden Persönlichkeiten in Preußen die innere Unabhängigkeit gegenüber den Kommunisten genommen habe. Sie hat hierfür zwei „Tatsachen“ als Beweis angeführt: erstens, daß ein nicht genannter höherer preussischer Funktionär den Kommunisten Ratsschlüsse gegeben habe, wie sie ihre Terrorakte verschleiern könnten, zweitens, daß ein preussischer Polizeipräsident geäußert habe, man sollte die Kreise der Kommunisten nicht stören. Diese angeblichen Tatsachen sind bislang durch nichts bewiesen. Die Reichsregierung hat sie auch bis zu der Rundfunkrede des Reichskanzlers der Staatsregierung nicht mitgeteilt und sie nicht um Stellungnahme oder Abhilfe erfragt. Eine solche Mitteilung wäre wohl das mindeste gewesen, wozu die Reichsregierung verpflichtet gewesen wäre, bevor sie auch nur den mindesten Eingriff in die preussische Staatshoheit, geschweige denn die nach der Reichsverfassung überhaupt unzulässige Absetzung von Staatsministern verfiel.

Unrichtig ist ferner die Behauptung des Reichskanzlers, daß die preussischen Minister es abgelehnt haben, mit ihm zusammenzuarbeiten. Sie haben es lediglich abgelehnt, der Einladung einer nicht zur preussischen Staatsregierung gehörenden Persönlichkeit zu einer Sitzung der „preussischen Staatsregierung“ Folge zu leisten, weil sie nach der preussischen Verfassung dem Reichskanzler oder Reichskommissar nicht das Recht einräumen können, eine preussische Staatsministerialitzung anzuberäumen und zu leiten.“

Vorgehende Verlautbarung: Die unheilvolle innerpolitische Entwicklung der letzten Monate hat durch die Zwangsmassnahmen für Preußen eine weitere Verschärfung erfahren. Wir protestieren namens unserer Mitglieder gegen verfassungswidrige Methoden, Land und Volk zu regieren. Wir bekämpfen jede wie immer geartete Diktatur. Die verfassungsmäßigen Rechte des Volkes sowie die sozialen Lebensrechte der Arbeiterschaft müssen unbedingt gewahrt und gesichert werden. Die Aufhebung des Uniform- und Demonstrationsverbotes ist die Hauptursache der gegenwärtigen hütgerkriegsähnlichen Zustände. Unablässig, um Ruhe und Ordnung besorgt, fordern wir deshalb erneut sofortige Wiedereinführung des Uniformverbots, vor allem aber fordern wir ausreichende Maßnahmen für eine geordnetere und ungefährdete Durchführung der Reichstagswahlen. Von den Christlichen Gewerkschaften erwarten wir nach wie vor Besonnenheit und Disziplin. Provokationen radikaler Kreise sind energisch zurückzuweisen. Für die Haltung der Bewegung gelten auch in dieser für Arbeiterschaft und Volk gefahrdrohenden Zeit nur die Weisungen der Leitung des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands. Von dieser Verlautbarung werden die Christlichen Gewerkschaften dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler auch unmittelbar Kenntnis geben.

Aufruf der Gewerkschaften

Berlin, 21. Juli. Von den Gewerkschaftenverbänden wird folgender Aufruf verbreitet: Die neuesten politischen Vorgänge haben die deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten in große Erregung versetzt. Sie müssen trotzdem ihre Besonnenheit bewahren. Noch ist die Lage in Preußen nicht endgültig entschieden. Der Staatsgerichtshof ist angerufen. Die entscheidende Antwort wird das deutsche Volk, insbesondere die deutsche Arbeitnehmerschaft, am 31. Juli geben. Es ist die Pflicht aller gewerkschaftlichen Organisationen, aller Volksschichten, die auf dem Boden der Verfassung und des Rechtes stehen, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln dafür zu sorgen, daß diese Reichstagswahl stattfindet. Weder der Terror der Straße, noch irgend eine verfassungswidrige Diktatur darf verhindern, daß am 31. Juli das Volk von seinen höchsten Rechten Gebrauch macht. Die vorbildliche Disziplin der deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten ist auch in diesen schweren Tagen unter allen Umständen aufrecht zu erhalten. Wir lassen uns die Stunde des Handelns vom Gegner nicht vorschreiben.

Kommunistenunruhen

Berlin, 21. Juli. Am Kottbuser Damm hielten kurz nach Mitternacht etwa 200 Kommunisten einen Straßenbahnwagen und einen Omnibus an, zwangen die Fahrgäste zum Aussteigen und versuchten, die Wagen umzuwerfen. Als ein Ueberfallkommando erschien, wurden die Beamten aus der Richtung der Schönleinstrasse unter starkem Pistolenfeuer genommen. Die Polizei erwiderte das Feuer. Einer der Demonstranten erhielt einen Brustschuß, an dem er kurz darauf im Urbankrankenhaus verstarb. Die Ruhe konnte wieder hergestellt werden.

Weißwasser, 21. Juli. Im Zusammenhang mit einer in Weißwasser stattgefundenen nationalsozialistischen Versammlung kam es auf der Straße zu starken Ansammlungen kommunistischer Elemente. Die Polizei wurde mehrfach mit Steinen beworfen, worauf sie mehrere Schreckschüsse abgab. Jetzt fielen auch aus der Menge Schüsse. Der kommunistische Jugendführer aus Weißwasser, Kanitz, wurde getötet und mehrere andere Personen, darunter auch Polizeibeamte, verletzt.

Abends unternahmen etwa 30 Kommunisten in der Nähe von Büchtele einen Feuerüberfall auf von einer Versammlung heimkehrende Nationalsozialisten. Die Stader SS fürmte sofort die Heden und Gebüsche, in denen sich die Kommunisten verborgen hielten. 12 Mann wurden festgenommen. Es wurde eine Aktentasche mit kommunistischen Flugblättern gefunden. Der Landrat alarmierte die Landjäger und die Stader Polizei. Die Beamten nahmen noch in der Nacht Hausdurchsuchungen bei Kommunisten vor, wobei zwei Gewehre und zahlreiche Munition gefunden wurden.

Bestellen Sie das Calwer Tagblatt!

Aus Stadt und Land

Calw, den 21. Juli 1932.

Personliches

Wie die „Bayerische Hochschulzeitung“ berichtet, hielt bei der kürzlich von der Universität und der Technischen Hochschule München veranstalteten Weishestunde für Langemarck cand. jur. Gengenbach, 1. Vorsitzender der „Liga der Universität München“, eine eindrucksvolle Gedenkrede. cand. jur. Gengenbach ist der Sohn von Eugen Gengenbach und seiner Gattin Amalie, geb. Schlaich, von Calw, z. B. in Pforzheim.

Schwimmbadanlage bei Bad Teinach

Aus Bad Teinach wird uns geschrieben: Der Besitzer des Gasthofes „zum Goldenen Fäß“, Herr Fidel Eberhard, hat in jähem Fleiße in unmittelbarer Nähe von Bad Teinach, im lieblichen, unberührten Rötensbachtal, ein kleines Schwimmbad erstellt. Das Bad wird aus dem Rötensbachlein mit reichlichem und kristallklarem Wasser versorgt. Wenn auch die Ausmaße des Bades nur 7:20 Meter sind, so dürfte mit seiner Erstellung doch dem dringendsten Bedürfnisse nachgekommen sein.

Vom Rathaus Altensteig

Die Kosten für die Herstellung der Bettlerscheds haben sich von 100 auf 120 RM. erhöht, weil der ursprüngliche Voranschlag nur die Herstellung von Schachbrettern zu 2 und 3 Pf. und nicht auch, wie nachträglich gewünscht wurde, zu 5 Pf. vorsah. Der Stadtvorstand bemerkte, daß es wünschenswert wäre, wenn die Einwohnerschaft mehr als dies seither der Fall war, von dieser Einrichtung Gebrauch machen würde. — Bereits in einer der letzten Gemeinderatsitzungen erwähnte der Vorsitzende, nachdem sich in den letzten Jahren gezeigt habe, daß trotz aller Bemühungen eine Notstandsarbeit zur ganzen Durchführung bzw. zur Durchführung eines größeren Teils der Selbstbereinigung und damit zur Beschäftigung der Erwerbslosen nicht zu erreichen sei, habe er sich mit dem Arbeitsamt ins Benehmen gesetzt, um die Frage zu prüfen, ob die Selbstbereinigung s a r b e i t e n nicht im Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes in Angriff genommen werden können. Der Vorsitzende des Arbeitsamtes Nagold, Reg.-Rat Dr. Stahlecker, hatte nun in dankenswerter Weise sich bereit erklärt, dem Gemeinderat eingehend Auskunft über die Möglichkeiten der Beschäftigung der Erwerbslosen zu geben. Er führte in längerer Rede übersichtlich und klar u. a. aus, es bestehen vier Möglichkeiten zur Beschäftigung der Erwerbslosen, und zwar die Pflichtarbeit, die Notstandsarbeit, der freiwillige Arbeitsdienst und die Fürsorgearbeit. Das Arbeitsamt habe es begrüßt, daß die Stadtgemeinde in den letzten zwei Jahren versucht habe, zur Beschäftigung der Erwerbslosen eine Notstandsarbeit durchzuführen. Die Schwierigkeiten der G e l d - a u f b r i n g u n g und der Schuldaufnahme-Genehmigung seien aber wohl zu groß, als daß diese Art der Beschäftigung der Erwerbslosen möglich sei. Für Pflichtarbeit eigne sich die Selbstbereinigung nicht. Fürsorgearbeit werde hier mit den Wohlfahrtsdienstleistungen schon durchgeführt. Für die übrigen Erwerbslosen bleibe sonach nur noch der freiwillige Arbeitsdienst. Dieser habe gegenüber der Notstandsarbeit zwar den Nachteil, daß die Beschäftigungsdauer von der Höchstbezugsdauer abhänge. Auf der anderen Seite erfolge aber, solange der Arbeitsdienst daure, keine Aussteuerung. Die Kosten des freiwilligen Arbeitsdienstes werden, wenn mit demselben diejenigen Arbeiten ausgeführt werden, die vorher für die Notstandsarbeit vorgesehen gewesen seien, nämlich die Durchführung von Selbstbereinigungswegen in Weidewiesen und Hohenhalde von der Nagold an für die hiesige Stadtgemeinde noch rund 1800 RM. betragen, da ein Zuschuß von 2 RM. pro Arbeitsdienstpflichtigen und Tag geleistet werde. Zu diesem Betrag würden jedoch noch die Kosten des Materials kommen. Bei der Notstandsarbeit wären die der Stadt verbleibenden Kosten wesentlich höher. Die Vorteile des freiwilligen Arbeitsdienstes liegen insbesondere auch darin, daß bei demselben insbesondere die Jugendlichen durch freiwilligen Entschluß einer ernstlichen Arbeit zugeführt werden. Da die Arbeit freiwillig sei, könne jeder Arbeitsdienstpflichtige, falls ihm dieselbe nicht zusage, die Arbeit jederzeit aufgeben, ohne daß er in der Erwerbslosenfürsorge eine neue Sperrrfrist oder sonstige Nachteile erhalte. Von den Wohlfahrtsdienstleistungen können 20—25

Prozent mitbeschäftigt werden, wenn dieselben unter 21 bzw. 25 Jahre alt seien, für die übrigen Wohlfahrtsdienstleistungen müßten wie bisher Fürsorgearbeiten weitergeführt werden. Nach eingehender Aussprache, bei welcher Reg.-Rat Dr. Stahlecker alle gestellten Fragen eingehend beantwortete und insbesondere das Für und Wider der Notstandsarbeit und des freiwilligen Arbeitsdienstes besprochen und auch von Reg.-Rat Dr. Stahlecker klar bewiesen wurde, daß der freiwillige Arbeitsdienst für die Erwerbslosen auch finanziell günstiger sei als der Bezug von Arbeitslosenunterstützung, wurde mit 6 zu 8 Stimmen und Stimmenscheid des Vorsitzenden beschlossen, den freiwilligen Arbeitsdienst zur Durchführung der eingangs erwähnten Selbstbereinigungsarbeiten versuchsweise einzuführen unter der Voraussetzung, daß die hierzu erforderlichen Mittel aufgebracht werden können und sich auch sonst keine unüberwindlichen Schwierigkeiten ergeben. Bei der Beratung wurde insbesondere auch darauf hingewiesen, daß die Schwierigkeiten, die sich durch eine Selbstbereinigung ergeben, immer größer werden, je länger dieselbe hinausgezogen werde. Insbesondere sei der Grundstücksverkauf in dem Gebiet der Selbstbereinigung nahezu lahmgelegt, solange dieselbe nicht durchgeführt sei. Es bestehe aber in absehbarer Zeit wohl keine Möglichkeit, die Selbstbereinigung auf anderem Wege durchzuführen. Da durch den freiwilligen Arbeitsdienst auf die Erwerbslosen keinerlei Zwang ausgeübt werde, sei diese Art der Beschäftigung der Arbeitslosen wohl wert, daß ein Versuch damit gemacht werde. — In einem Gesuch von Martin Traub um Erteilung der Wirtschaftserlaubnis für die Restauration von Karl Theurer und für einen Teil des Stadtparkes wird dem Oberamt gegenüber eine Äußerung abgegeben, mit welcher u. a. die Bedürfnisfrage zur Wirtschaftserlaubnis besetzt wurde. Ferner wurde ein solches Zeugnis für den Kriegerverein abgegeben, welcher beabsichtigt, in und bei seinem im Langerberg erbauten Stieghaus zu wirtschaften. — Auch für heuer soll wieder ein Hilfsfeldhühner aufgestellt werden bei einer Entschädigung von RM. 2.— im Tag.

Leichenfunde im Wald

In einem hart am Walde gelegenen Fischweier bei Altensteig wurde die Leiche des zwanzigjährigen Sohnes des Bayermühlensbesizers Wurster, der seit Sonntag vermißt wurde, herausgezogen. Es liegt offenbar Freitod vor, doch scheint rätselhaft, was den jungen Menschen in den Tod getrieben hat. Auf einer kleinen Ruhebänk am See lag dessen Hut und Schirm, sowie ein Andachtsbüchlein.

Aus Neuenbürg wird berichtet: Einen graulichen Fund machte im Wald nahe bei Neufach ein Vereinsjäger. Er stieß auf die Skelette zweier total verwesten Leichen. Die Schädel derselben wiesen deutlich sichtbar Schußverletzungen auf. Den Umständen nach zu schließen dürfte es sich mit Bestimmtheit um gemeinsamen Freitod eines Liebes- oder Ehepaares handeln, denn am Fundort wurde eine Pistole sowie eine abgeschossene Patronenhülse gefunden. Das eintame Drama dürfte sich vielleicht im Winterzeit abgespielt haben. Die sofort herbeigerufene Mordkommission aus Stuttgart nahm die notwendigen Ermittlungen auf und wird sich vor allem um die Feststellung der Personalien bemühen, denn im Oberamtsbezirk selbst ist niemand als vermißt gemeldet.

Better für Samstag und Sonntag

Im Westen liegt immer noch Hochdruck, im Norden eine Depression. Für Samstag und Sonntag ist wechselnd bewölkt, aber vorwiegend trockenes Wetter zu erwarten.

Dekensbrunn, 21. Juli. Georg Wolf, Bauer war am Mittwoch mit Gullenfahnen beschäftigt. Sein sonst ruhiges und frommes Pferd, durch die in der Mittagszeit tierischen Stechmücken in Aufregung gebracht, schenkte beim Höllen des Fasses. Georg Wolf, der das Pferd am Bügel hatte, fiel zu Boden und erhielt einen Fußtritt mitten ins Gesicht. Nach Anlegen eines Rotverbandes mußte er im Auto zum Arzt gebracht werden; erhebliche Narben dürften ihm für die Zukunft verbleiben.

Calw, Pforzheim, 21. Juli. Gestern mittag stießen vor der Ein- und Ausfahrt des Maschinenhauses der Eisenbahn am Gaswerk zwei einzelne Lokomotiven zusammen. Die Führer beider Maschinen konnten noch rechtzeitig stark genug bremsen, so daß nur Sachschaden entstand. Die beiden Lokomotiven, die sich gegenseitig aus den Gleisen gehoben und

aufgebäumt hatten, wurden mit Binden wieder auseinander und auf die Gleise gebracht. Eine Betriebsstörung trat nicht ein.

Stuttgart, 21. Juli. Auf Anfrage erfahren wir an zuständiger Stelle, daß über die Haltung Württembergs zur Frage der Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen noch nichts Abgeschlossenes gefaßt werden kann. Die in Stuttgart anwesenden Rabinetsmitglieder traten heute vormittag zu einer Sitzung des Staatsministeriums zusammen. Die Sitzung wird im Laufe des heutigen oder morgigen Tages fortgesetzt werden.

Burgfelden, D.-A. Balingen, 21. Juli. Morgens kurz vor 7 Uhr brach im Dachstuhl der Wirtschaft zur Post Feuer aus, das sich mit rasender Geschwindigkeit über den ganzen oberen Teil des Gebäudes ausbreitete. Außer dem Vieh konnte nichts gerettet werden. Die hiesige Feuerwehr war rasch zur Stelle, mußte sich aber zunächst auf die Rettung des etwa zweieinhalb bis drei Meter entfernten Rathauses beschränken. Bald traf die Motorspritze von Taillingen ein, und da genügend Wasser vorhanden, konnte der Brand auf seinen Herd beschränkt werden, womit jede weitere Gefahr für die Nachbarhäuser beseitigt war.

Ravensburg, 21. Juli. In der gestrigen Sitzung des Gemeinderats wurde nach langer Aussprache die Wiedereinführung der 300prozentigen Bürgersteuer in namentlicher Abstimmung mit 14 gegen 9 Stimmen beschlossen und ebenso dem Antrag zugestimmt, daß die Mittel des angesammelten Fonds für ein Stadtbad in Höhe von 37 000 RM. zur Tilgung des Abmangels aus dem Haushaltsplan 1931-1932 verwendet werden.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft

Börse

Stuttgart, 21. Juli. Die Börse hatte sehr ruhiges Geschäft bei etwas schwächerer Tendenz für Aktien, während sich Goldpfandbriefe teilweise erhöhen konnten.

Stuttgarter Kartoffelgroßmarkt

Zufuhr 120 Ztr. Preis: 2,90—3,40 RM. für 1 Ztr.
L. C. Berliner Produktenbörse vom 21. Juli.
Weizen, märkischer 245—247; Futtergerste 161—172; Hafer, märkischer 161—166; Weizenmehl 29,25—33,75; Roggenmehl 24,75—26,50; Weizenkleie 11,60—11,90; Roggenkleie 10,25 bis 10,60; Vitoriaerbsen 17—23; kleine Speiseerbsen 21—24; Futtererbsen 15—19; Felsulken 16—18; Ackerbohnen 15—17; Wicken 17—19; Lupinen, blaue 10,50—11,50; Lupinen, gelbe 15—16,50; Feinkuchen 10,40—10,70; Erdnusskuchen 11,20—11,30; Erdnusskuchennmehl 11,40—11,50; Sojabrot 11—11,10. Tendenz: Ruhig.

Stuttgarter Schlachtviehmarkt

Dem Donnerstagmarkt am Städtischen Vieh- und Schlachthof wurden zugeführt: 6 Ochsen (unverkauft 5), 5 Bullen, 88 Jungbullen (45), 9 Kühe, 42 (22) Rinder, 26 Kälber, 428 Schweine.

Preise für 1 Pfund Lebendgewicht:

| | 21. 7. | 19. 7. | | 21. 7. | 19. 7. |
|--------------------|--------|--------|-------------------|--------|--------|
| | Pfg. | Pfg. | | Pfg. | Pfg. |
| Ochsen: | | | Kühe: | | |
| ausgemästet | — | 30—33 | fleischig | — | 12—14 |
| vollfleischig | — | 25—28 | gering genährte | — | 9—11 |
| fleischig | — | 22—24 | | | |
| Bullen: | | | Kälber: | | |
| ausgemästet | 22—23 | 23—24 | feinste Mast- und | 35—37 | 34—37 |
| vollfleischig | 21—22 | 21—22 | beste Saugkälber | | |
| fleischig | 19—20 | 19—20 | mittl. Mast- und | 28—32 | 28—32 |
| | | | gute Saugkälber | | |
| Sungrinder: | | | geringe Kälber | 25—27 | 24—27 |
| ausgemästet | — | 34—37 | Schweine: | | |
| vollfleischig | 28—31 | 28—32 | über 300 Pfd. | 44 | 44 |
| fleischig | 24—27 | 24—27 | 240—300 Pfd. | 44 | 44 |
| gering genährte | — | — | 200—240 Pfd. | 43—44 | 43—45 |
| | | | 160—200 Pfd. | 42—43 | 42—43 |
| Kühe: | | | 120—160 Pfd. | 38—40 | 39—41 |
| ausgemästet | — | 22—27 | unter 120 Pfd. | 30—36 | 30—36 |
| vollfleischig | — | 17—20 | Sauen | | |

Marktverlauf: Großvieh schleppend, Ueberstand; Kälber ruhig; Schweine mäßig.

Fruchtpreise

Nagold: Weizen 12—13,50, Gerste 10—12, Hafer 8 bis 9,50 M. — Ravensburg: Fesen 10—10,25, Weizen 13 bis 13,25, Roggen 10,25—10,35, Gerste 8,50—9, Hafer 8,60 bis 8,70, Saatgerste 8,50 M. — Ulm: Weizen 12,50—13,20, Roggen 10,50—10,80, Gerste 9, Hafer 7,50—8,10 M. — Urzlingen: Dinkel 9—10, Gerste 9,20—10, Hafer 8,40—9, Weizen 13 M.

Dankagung

Statt Karten.



Für die wohlthuende Teilnahme, die wir während der Krankheit und anlässlich des Hinscheidens unserer lieben treubeforgten Mutter, Großmutter und Tante

Pauline Haller, geb. Wegler

insbesondere auch von der Nachbarschaft erfahren durften, sowie für die trostreichen Worte des Herrn Dekan Roos und die zahlreichen Blumenpenden, sprechen wir allen unseren herzlichsten Dank aus.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Ortssteuerbeamter a. D. M. Haller mit Kindern.

Calw, den 21. Juli 1932.

Große Preisermäßigung

in sämtlichen Artikeln bietet Ihnen mein

Saisonschluß-Verkauf

vom 23. Juli bis 6. August

Karl Stüber - Biergasse

Zwangsversteigerung.

Es werden öffentlich meistbietend gegen bar versteigert **Samstag, 23. 7. 10 Uhr in Calw** bestimmt unter dem Rathaus: 46 Paar Hausschuhe, 26 P. Turnschuhe, 70 P. Damenpangenschuhe, 19 P. Sandalen; ferner 12 Westen u. Pulllover.

Ger.-Volks-Stelle.

Einfamilienhaus

In schöner, sonniger Höhenlage der Stadt ist ein **zu verkaufen oder zu vermieten.** Anfragen bitte zu richten unter **N. G. 169** an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Setbe

Lauffener Frühkartoffel

Zentner RM. 4.— bei Mehrabnahme billiger. **Gebr. Schlanderer Unterreichenbach** Telefon 2

Abenarius-Sarbolineum

Carl Serva Fernsprecher 120

Süde Mädchen oder Frau

für einige Stunden **Sams- tag nachmittags** **Frau Anna Sachs**

Verkaufe von meiner langhaarigen, gelbbadigen, deutschen Schäferhündin

6 Stück Hunde

4 Wochen alt, (4 Rüden und 2 Hündinnen). **Chr. Holmeger, Schäfer, bei Waidelich z. „Rößle“ Calw.**

Tomaten

empfehlen **Fr. Steck, Gärtnerei**

Feinster Zwieback

gezuckert und ungezuckert (letzterer für Magen- und Darmleidende). Aertzlich empfohlen. **Zwiebackmehl** das beste für Kinder. **Eugen Hayd** Konditorei - Telefon 299

Trikot-Neuze

in allen Farben sind eingetroffen. **P. Binder, Calw** Lederstraße 4

Piano

erstklassiges wie neu, zu sehr günstigem Preis zu verkaufen. Anfragen unter **S. S. Nr. 169** an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Delfässer

gibt wieder laufend billig ab **Ch. Schlatterer**

Saison-Schluß-Verkauf

Augen auf!



Noch niemals wurde beste Damen-Konfektion: Mäntel, Kleider, Kostüme, Röcke, Blusen usw., so billig verkauft wie jetzt im Saison-Schluß-Verkauf im großen Spezialhaus für Damen-Konfektion Auch Winter-Mäntel weit unter Preis

Krüger & Wolff
Pforzheim

Öffentlicher Vortrag.

Dipl.-Ing. Petermann - Nürnberg von April 1929-1931 als Berater der „Obersten Baubehörde der Sowjetunion“ in Rußland tätig, spricht am Samstag, den 23. Juli, abends 8 Uhr, im Weiß'schen Saale über die Frage:

Was wurde in Lausanne beschlossen? Tributzahlung oder Finanzierung des Interventionskriegs gegen Sowjet-Rußland? Ludendorff gegen den Interventionskrieg! Eintritt: 30 Pfg. - Erwerbslose: frei. **Tannenbergbund e. V.** Böbele.

Irminswind die Alemannenbraut

Schauspiel aus Hirsau vorgeschichtlicher Zeit in 4 Aufzügen von **KARL GREINER**

Aufführung: am Samstag, den 23. Juli 1932, abends 8 1/2 Uhr und am Sonntag, den 24. Juli 1932, abends 8 Uhr in der Wandelhalle der Kuranlagen in Hirsau **Preise:** Nummerierter Platz RM 1.-, Unnummerierter Platz RM -.60, Stehplatz RM -.30. Die Spielleitung. Kartenvorverkauf in Calw: Buchhandlungen: Häußler, Kirchherr, Olpp.

Ziehung 12. und 13. August 1932
Stuttgarter **Schloßbrandhilfe** Geldlotterie
Gesamt-, Höchst- u. Hauptgewinne Mark
Lose nur 50 Pf. Doppellose 1 Mk. Porto u. Liste 33 Pf. In allen Verkaufsstell.
Glückstasche mit 10 Losen franko mit Liste 5 Mk.
J. Schweickert Stuttgart Marktstr. 6, P. Sch. No. 10/2053

Hier bei W. Wenz, Friseur, in Liebenzell: Karl Schlag.

Nichts ist durststillender und heilwirksamer als eine Tasse **MATE**
TEE SERRANO
Alte Apotheke, Calw, Apotheke in Bad Liebenzell

Empfehle **Beerenmühle und -Presse** zur gefälligen Benützung u. halte mein Lager in **Fässern** (aller Größen) bestens empfohlen **Friedrich Schab Küfermeister**

Schmerz laß nach!
Reife Öhneraugen u. Kornhaut-Vertilgung kein Verband - kein Pflaster kein Verschleiben - kein Pinset reine Salbe.
Viele Anerkennungen Nur 50 Pfg.
Friedrich Schaufelberger Schuhgeschäft, Marktstr. 7
Gut erhaltene **Schauenster**
Größe 100/100 cm einschließlich neuem Ausstellkasten verkauft billig **Ch. Schlatterer**



Preisabstriche folgen auf Preisabstriche. - Zu weichen lächerlich kleinen Preisen wir nunmehr unsere gute **Damen-Konfektion** verkaufen, sehen Sie an diesen Beispielen:

- Damen-Waschkleider** fürs Haus, Garten und Sport, aus Waschseide, Popeline, Macco usw. **75,-** 3.95, 2.95, 1.95,
- Voile-Kleider** teils mit Jacken, in klein gemusterten sowie geblumten Dessins **5.80** 19.75, 15.-, 9.80,
- Frauen-Kleider** schwarz u. schwarz weiß, aus K.-S.-Maroc, Voile u. Wollmousseline, bis Gr. 52 **8.90** 28.-, 19.75, 12.50,
- Nachmittags-Kleider** darunter Modellkleider, elegante flotte Fassons, in K.-S.-Maroc, Flamengo u. Georgette **12.-** 38.-, 28.-, 18.-,
- Damen-Mäntel** Trenchcoats, in marine, beige und weinrot, teils ganz gefüttert **3.95** 9.80, 5.80,
- Mäntel engl. Art** sowie Georgette, Romain, Bouclé, Ottoman u. Rips, ganz gefüttert **15.-** 38.-, 25.-, 19.75,
- Damen-Sportjacken** in bleu, marine und rot, fesche Form **4.95** 13.-, 9.30, 6.80,
- Kostüme** aus prima Stoffen, moderne fesche Jacken **8.50** 28.-, 18.-, 12.50,
- Damen-Blusen** aus Macco, in allen Farben **68,-** 1.95, 1.50, 95,
- Damen-Blusen** aus K.-S.-Marocaine, in allen Modifarben sowie schwarz **2.95** 5.90, 4.95, 3.95,
- Damen-Röcke** farbig sowie marine, braun und schwarz **1.95** 6.80, 4.80, 2.95,
- Morgen-Röcke** Welliné, in allen Farben **1.95** 3.90, 3.95, 2.95,
- Mädchen-Kleider** aus guten, mod. Waschstoffen, gebümt sowie aus einfarbigen Sportstoffen **75,-** 2.95, 1.95, 1.50,

Restbestände von Damenhüten

nur diesjährige, mod. Strohflechte u. Federn, mit Blumen- u. Bandgarnituren, darunter Modell-Kopien, ohne Rücksicht auf den früheren Verkaufspreis **1.75** jetzt: Jeder Hut auf 2 Extrastischen im 1. Stock

Während des Saison-Schluß-Verkaufs geben wir auf alle regulär zugelassenen Waren **10% Rabatt!**

KNOPF
PFORZHEIM



Unsere Kinder Hans und Emma feiern am kommenden Samstag und Sonntag, den 23. und 24. Juli ihre öffentliche

Nachhochzeit

Wir laden unsere lieben Gäste und Freunde hierzu herzlich ein

Carl Schnauffer und Frau Hotel Adler

Georg Stehle und Frau Klosterreichenbach

ALTBURG

Am SONNTAG großer

TANZ

im Saale von Gg. Rentschler

Ausgeführt von der Jazzkapelle Hohnloser, Pforzheim

Oberkollbach

Am Sonntag, den 24. Juli, findet im Gasthof zum „Hirsch“ eine

Tanzunterhaltung

statt. Es ladet ein der Besitzer

ACHTUNG!

Nächsten Sonntag, den 24. Juli, findet in **Maisenbach** im Gasthaus zum „Hirsch“ großer **TANZ** statt. - Humoristische Schrammelkapelle - Hiezu ladet höflichst ein Der Besitzer - Die Kapelle

Badhotel Reunion

Volkstümlicher Liederabend des Opern- und Konzertsängers Alfred König aus Hamburg am **Samstag, den 23. Juli** abends 8 1/2 Uhr. Eintritt 70 Pfennig.

OSTELSHEIM

Gasthaus zum „RÖSLE“

Sonntag, 24. Juli

TANZ

Streichkapelle Stammheim

OBERKOLLWANGEN

Am Sonntag, den 24. Juli findet im Gasthaus z. Hirsch

20er Feier

statt. - Es laden freundlichst ein. Mehrere 20er



Safroh, safrei macht nur ein Mey!

DER MEY-KRAGEN

mit dem feinen Wäschestoff

So ganz anders als Kragen sonst! Nie hat man Ärger mit ihm! Er wird nicht gewaschen, nicht geplättet. Man bindet immer einen ganz neuen um.

Herzlich ist das!

Dutzendpackung M 2.50
6 Stück M 1.25



Verkaufsstelle:
H. Dierlamm, Calw
Marktstrasse 8